

**In dieser Ausgabe**

Erbstehsteuer erleichtert Übernahme von Familienbetrieben, S. 2

Familienleistungsgesetz entlastet und fördert Familien, S. 3

**Berlin**  
intern**Informationsschrift des CDU-Bundestagsabgeordneten Erich G. Fritz  
für den Wahlkreis Dortmund****Konjunkturpaket der Bundesregierung  
sichert Wachstum und Beschäftigung**

Um die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auf Deutschland zu minimieren und Wachstum und Beschäftigung weiterhin zu sichern, hat die Bundesregierung das Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ beschlossen.

***Maßnahmen zur Stärkung der Konjunktur***

Eine zum 1. Januar 2009 auf zwei Jahre befristete Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten für bewegliche Wirtschaftsgüter und Sonderabschreibungen für kleinere und mittlere Unternehmen gehören ebenso dazu wie die Kfz-Steuerbefreiung für Neufahrzeuge und ein höherer Handwerkerbonus. So verdoppelt sich beispielsweise der Steuerbonus bei Handwerksleistungen für Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen in privaten Haushalten. Künftig können maximal 1 200 Euro von der Steuerschuld abgezogen werden.

Diese Maßnahmen sind im Sinne einer konjunkturgerechten Wachstumspolitik langfristig sinnvoll, kurzfristig umsetzbar und schnell wirksam. Bürger und Unternehmen werden entlastet, der Konsum wird belebt und die Beschäftigungserfolge werden gesichert.

***Schnellschüsse vermeiden***

Ob über das Investitionsprogramm hinaus weitere Maßnahmen notwendig sind, wird sorgfältig geprüft werden. Auch im Interesse der nachfolgenden Generationen darf das Geld der

Steuerzahler nicht für kurzfristige konjunkturpolitische Strohfeuer ausgegeben, sondern muss für wirksame, nachhaltige und zielgenaue Instrumente eingesetzt werden.

Des Weiteren werden zusätzliche Maßnahmen geprüft, die längerfristig in jedem Fall erforderlich sind. Dazu gehören vor allem verstärkte öffentliche Investitionen im kommunalen Bereich, d.h. Investitionen in Bildung, in Schulgebäudesanierung oder in Krankenhäuser, weil sie nachhaltig sinnvoll sind, schnell wirken und Arbeitsplätze vor Ort sichern. Die Spitzen der Koalitionsparteien kommen dafür bei einem Koalitionsausschuss am 5. Januar zusammen.

**Haushalt 2009 beschlossen**

Die weltweite Finanzmarktkrise hinterlässt auch im Haushalt ihre Spuren, denn zur Bewältigung der Rezession erhöht der Bund die Neuverschuldung auf 18,5 Milliarden Euro. Der Bundeshaushalt 2009 beträgt insgesamt 290 Milliarden Euro.

Schwerpunkte werden auch hier bei den Zukunftsinvestitionen gesetzt: Für Investitionen in Bildung und Forschung stehen beispielsweise 854 Millio-

**Kontakt**

Erich G. Fritz MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. (030) 227-73111  
Fax (030) 227-76733  
erich.fritz@bundestag.de  
www.erich-fritz.de

nen Euro mehr als im Vorjahr bereit. Ebenfalls mehr Geld gibt es für die Entwicklungszusammenarbeit.

Stärker investiert wird auch in die Familienleistungen und in die Verkehrsinfrastruktur. So wird zum Beispiel in 2009 die Rekordsumme von 11,2 Milliarden Euro in Verkehrswege investiert. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Energie- und Klimapolitik. Für das Haushaltsjahr 2009 sind Ausgaben der Bundesregierung von insgesamt 600 Millionen Euro für internationale und nationale Klimaschutzprogramme vorgesehen.

### **Erbschaftsteuer erleichtert Übernahme von Familienbetrieben**

Der Einsatz der Union hat sich gelohnt. Nach zweijährigen intensiven Beratungen hat die Union im Interesse der Familien und der mittelständischen Wirtschaft wichtige Verbesserungen gegenüber dem Gesetzentwurf der Bundesregierung durchsetzen können. Die Übertragung von Eigentum auf die nächste Generation wird auch in Zukunft in den meisten Fällen ohne Erbschaftsteuerbelastungen möglich sein.

### ***Selbstgenutztes Wohneigentum erbschaftssteuerfrei***

Die Union hat durchgesetzt, dass das selbstgenutzte Familienheim künftig steuerfrei an Ehegatten und Kinder sowie an Kinder von verstorbenen Kindern vererbt werden kann (bei den beiden Letzteren, wenn die Wohnfläche 200 Quadratmeter nicht überschreitet). Voraussetzung ist, dass die Erben die Immobilie in den ersten zehn Jahren nach der Erbschaft nicht verkaufen, vermieten oder verpachten.

### ***Zwei Wahlmöglichkeiten für Betriebsvermögen***

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat erreicht, dass Unternehmen künftig auf die nächste Generation übertragen werden können, ohne dass in die Substanz des Unternehmens eingegriffen und Arbeitsplätze gefährdet werden.

Bei Betrieben, die zehn Jahre fortgeführt werden, entfällt die Erbschaftsteuer ganz, wenn die Lohnsumme insgesamt im Durchschnitt gehalten und die Verwaltungsvermögengrenze von zehn Prozent nicht überschritten wird. Bei einer Behaltensfrist von sieben Jahren und einer Beibehaltung der Lohnsumme von insgesamt durchschnittlich 93 Prozent werden 85 Prozent des Betriebsvermögens verschont, wenn das Verwaltungsvermögen 50 Prozent nicht übersteigt.

In beiden Fällen gibt es keine sog. Fallbeilreglung, d.h. bei Verkauf oder Aufgabe des Betriebes innerhalb der gewählten Frist fallen nur anteilig Steuern an.

### ***Freibeträge für privates Vermögen***

Die persönlichen Freibeträge werden deutlich heraufgesetzt, in der Steuerklasse I bei Ehegatten auf 500 000 €, bei den Kindern auf 400 000 €, bei Enkelkindern auf 200 000 €, bei Eltern auf 100 000 € und bei Personen in der Steuerklasse II und III auf 20 000 €.

Darüber hinaus hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion weitere Verbesserungen erzielt. Um in Erbfällen eine unangemessene Doppelbelastung mit Erbschaft- und Einkommensteuer zu vermeiden, wird eine Anrechnungsmöglichkeit eingeführt. Zudem ist für selbst genutzte Wohnimmobilien künftig eine Stundungsmöglichkeit vorgesehen. Bei der Bewertung von Unternehmen besteht ein fester Kapitalisierungsfaktor nur beim optionalen sog. vereinfachten Verfahren.

Die Union hatte sich auch für eine steuerliche Besserstellung von Geschwistern, Nichten und Neffen in der Steuerklasse II eingesetzt. Auch wenn bei diesem Personenkreis zwar nicht dieselben Unterhalts- und Haftungspflichten wie bei den engeren Verwandten in gerader Linie bestehen, wäre hier eine Besserstellung gegenüber der Steuerklasse III wünschenswert gewesen. Obwohl der Freibetrag für Personen der Steuerklasse II von bisher 10 300 € auf 20 000 € erhöht wird, hätte die Union hier gerne auch niedrigere Steuersätze beschlossen. Leider konnte an dieser Stelle keine Verständigung mit den Sozialdemokraten erzielt werden.

### **Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente**

Mit dem am 5. Dezember im Deutschen Bundestag verabschiedeten Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente sind die Weichen für eine flexiblere und effizientere Vermittlung insbesondere von Langzeitarbeitslosen gestellt.

Die Instrumente wurden so überarbeitet, dass sie für die arbeitssuchenden Menschen verständlicher und für die Anwender vor Ort einfacher handhabbar sind. In jeder Agentur für Arbeit wird ein Vermittlungsbudget eingeführt. Damit steht den Vermittlungsfachkräften zur Erhöhung ihrer Handlungskompetenz ein flexibles, bedarfsgerechtes und unbürokratisches Instrument zur Verfügung, mit dem sie unterschiedliche, einzelfallbezogene Hilfestellungen ermöglichen können. Weniger wirksame und wenig genutzte Instrumente werden abgeschafft, der Rechtsanspruch auf Förderung der Vorbereitung auf den nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses eingeführt, der virtuelle Arbeitsmarkt ausgebaut und die Förderung von Existenzgründungen eigenständig geregelt.

### **Familienleistungsgesetz entlastet und fördert Familien**

Mehr Kindergeld, höhere Kinderfreibeträge, Schulbedarfspakete für hilfebedürftige Schüler – mit diesen Maßnahmen sollen Familien ab 1. Januar 2009 gefördert und steuerlich entlastet werden.

Folgende Maßnahmen sind u.a. vorgesehen: Die Anhebung des Kindergeldes erfolgt für erste und zweite Kinder um jeweils 10 € auf 164 €, für dritte Kinder um 16 € auf 170 € sowie für vierte und weitere Kinder um je 16 € auf 195 € monatlich.

Zur Umsetzung des Existenzminimumsberichts wird der Kinderfreibetrag für jedes Kind um 216 € auf 3 864 € erhöht. Insgesamt werden somit die Freibeträge für jedes Kind von 5 808 € auf 6 024 € erhöht.

Die steuerlichen Regelungen zu haushaltsnaher sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und haushaltsnahen Dienstleistungen einschließlich Pflege- und Betreuungsleistungen werden in einer Vorschrift zusammengefasst (§ 35a EStG neu). Die Förderung wird auf einheitlich 20 Prozent der Aufwendungen von bis zu 20 000 €, höchstens 4 000 € pro Jahr ausgeweitet. Die Steuerermäßigungsregelung für die Beschäftigung von Minijobbern wird auf 20 Prozent der Aufwendungen von bis zu 2 550 €, höchstens 510 € pro Jahr umgestellt.

Kinder und Jugendliche aus Familien, die auf Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem SGB II oder dem SGB XII angewiesen sind, sollen bis zum Abschluss der Jahrgangsstufe 10 jeweils zum Schuljahresbeginn einen zusätzlichen Beitrag von 100 € erhalten (sog. Schulbedarfspaket).

Im Ergebnis kommt es also zur Entlastung von Familien, Vereinheitlichung und Erhöhung der steuerlichen Förderung von Haushaltshilfen oder von Pflegekräften und damit zur Verbesserung der Vereinbarung von Familie, Beruf und auch der Pflege älterer oder kranker Angehöriger.

### **Verbraucherschutz für Senioren stärken**

Im Jahr 2030 wird jeder dritte Bundesbürger älter als 60 Jahre sein. Damit werden Senioren auch als Konsumenten immer wichtiger: Schon heute verfügen sie mit 316 Milliarden Euro in Deutschland über eine hohe Kaufkraft.

Viele Warenangebote und Dienstleistungen stellen ältere Verbraucher vor große Probleme: kaum überschaubare Produktpaletten oder zu komplizierte Gebrauchsanweisungen. Ältere Menschen fühlen sich in Verkaufssituationen vermehrt nicht ernst genommen. Dabei geht es nicht nur um ein Handy mit großen Tasten oder den „Senioren-PC“. An Bahnhöfen oder im Internet wimmelt es von Anglizismen und Wortschöpfungen, die älteren Menschen das Leben oft unnötig schwer machen. Auch als Kreditnehmer sind Senioren oftmals unerwünscht.

Umso wichtiger ist es, Senioren als Verbrauchergruppe zu stärken und die Rahmenbedingungen im Alltag so zu gestalten, dass sie nicht von Informationen ausgegrenzt, sondern als mündige Konsumenten gestärkt werden. Deshalb setzt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in ihrem Positionspapier „Seniorenpolitik ist Verbraucherpolitik“ u.a. auf folgende Instrumente:

- Verbesserte Vernetzung zwischen Senioren-, Wirtschafts-, Verbraucherverbänden und Politik, um Standards bei generationengerechten Produkten zu setzen und Probleme im Verbraucheralltag früher zu erkennen, klar formulierte und erkennbare Wegweiser, Warnhinweise und Produktbeschriftungen;
- Minimierung von Kostenfallen im Internet durch ein verpflichtendes Bestätigungsfeld vor jedem Internet-Vertragsabschluss, die Förderung einer verständlichen Sprache ohne Anglizismen;
- Den zügigen Ausbau der Dienstleistungen speziell für Senioren sowie die flächendeckende Aufklärung und Beratung für ältere Konsumenten durch die Verbraucherzentralen.

### **Wiedereinführung der Pendlerpauschale**

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Entscheidung zur Pendlerpauschale Rechtsklarheit geschaffen: Die alte Pendlerpauschale gilt ab dem ersten Kilometer und wird ohne Gegenfinanzierung wieder eingeführt.

Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, das Urteil umzusetzen, ohne die Bürgerinnen und Bürger an anderer Stelle zu belasten. Darin unterstützt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Regierung und hofft auf ein schnelles Handeln der Finanzämter, damit die Steuerrückstattung so bald wie möglich auf dem Konto der Bürgerinnen und Bürger landet.

### **Piraten bekämpfen – Welthandel sichern**

In den letzten Monaten hat die Zahl der Piratenüberfälle im Golf von Aden dramatisch zugenommen. Die Sicherheit eines der wichtigsten Lebensadern des weltweiten Handels ist damit nicht mehr gewährleistet. Deutschland hat an der Sicherung dieser Handelsroute ein besonders großes Interesse: Nicht nur ein großer Teil unserer Ausfuhren nach Asien werden darüber transportiert, sondern auch wichtige Rohstoffe, die wir importieren und die auf dem Seeweg zu uns gelangen.

#### ***Unterstützung der EU-geführten Operation ATALANTA***

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt deswegen ausdrücklich die Beteiligung deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation ATALANTA. Die Operation soll die vor der Küste Somalias agierenden Piraten abschrecken und bekämpfen. Damit soll zum einen die durch Piratenüberfälle gefährdete humanitäre Hilfe für die Not leidende somalische Bevölkerung sichergestellt werden, zum anderen soll die Operation den zivilen Schiffsverkehr auf den dortigen Handelswegen sichern, Geiselnahmen und Lösegelderpressungen unterbinden sowie das Völkerrecht durchsetzen.

### **Fritz im Plenum**

In den letzten Wochen hat Erich G. Fritz vier Reden im Deutschen Bundestag zu den Themen „Gesetz über das Personal der Bundesagentur für Außenwirtschaft (BfAI-Personalgesetz)“, „Hermes-Bürgschaft für das Ilisu-Staudammprojekt zurückziehen“, „Rüstungsexporte an Pakistan“ sowie zum Einzelplan 05 (Auswärtiges Amt) im Rahmen der Haushaltsdebatte 2009 gehalten. Die Reden von Herrn Fritz MdB können Sie auf seiner Homepage [www.erich-fritz.de](http://www.erich-fritz.de) in der Rubrik Aktuelles nachlesen.

Eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start ins Jahr 2009 wünscht

